

FDP: Bürgerbefragung stoppen

Diskussion um Straßenbaukosten: Sind die Folgen höherer Steuern ausreichend geprüft?

Einen Monat vor Beginn der Bürgerbefragung nimmt die Diskussion über die künftige Straßenbaufinanzierung Fahrt auf. Die FDP-Fraktion hat quasi in letzter Minute noch versucht, die Befragung zu verhindern. Die Begründung der Freidemokraten: Viele für die Entscheidung wichtige Aspekte und Folgen seien bisher gar nicht diskutiert worden.

VON ANDREAS KANNEGIESSER

BARSINGHAUSEN. Die FDP wollte mit einem Dringlichkeitsantrag im nicht öffentlich tagenden Verwaltungsausschuss darüber ent-

scheiden lassen, ob die Satzung über die Bürgerbefragung wieder aufgehoben wird. Allerdings hätte es einer Zweidrittelmehrheit bedurft, das Thema so kurzfristig auf die Tagesordnung zu heben. Diese Mehrheit habe es nicht gegeben, berichtet FDP-Fraktionsvorsitzender Bernhard Klockow.

In der Diskussion um die Straßenbaufinanzierung geht es darum, ob die Stadt – wie bisher – nur von betroffenen Anliegern Straßenausbaubeiträge in teilweise fünfstelliger Höhe erhebt. Die zweite Möglichkeit, die während der Bürgerbefragung zur Wahl

steht: Die Kosten werden über eine stark erhöhte Grundsteuer auf alle Bürger der Stadt umgelegt – und damit auch auf die Mieter.

Die FDP-Fraktion argumentiert, dass die Folgen eines vollständig grundsteuerfinanzierten Straßenausbaus für die Stadt bisher gar nicht geprüft worden seien. „Wir haben uns in der Diskussion bisher sehr auf technische Details konzentriert“, sagt Klockow. Der Freidemokrat argumentiert, dass eine drastische Grundsteuererhöhung eine extreme Belastung besonders für Mieter, für die Eigentümer neuerer Häuser, für

Unternehmen und für die Anlieger von Bundes- und Landesstraßen wäre. Auch für den Immobilienmarkt in Barsinghausen befürchtet die FDP unabsehbare Auswirkungen. Ihre Schlussfolgerung: „Aufgrund der fehlenden Folgenabschätzung ist die Bürgerbefragung nicht verantwortbar.“ Die Freidemokraten halten einen Kompromiss für sinnvoll: eine Reduzierung der von den Anliegern zu entrichtenden Ausbaubeiträge um etwa 10 Prozentpunkte. Gleichzeitig könnten die Grundsteuern laut FDP „leicht erhöht“ werden.

Mehr auf Seite 3

Fenster schließen

Ausschnitt drucken